

„Wir versorgen Deutschland“ e.V. Positionspapier zum Entwurf eines Gesetzes zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FinStG)

Das im Entwurf des GKV-Finanzstabilisierungsgesetz formulierte Maßnahmenpaket soll die 2023 drohende GKV-Finanzierungslücke in Höhe von rund 17 Milliarden Euro schließen. Die im Bündnis „Wir versorgen Deutschland“ zusammengeschlossenen Hilfsmittelleistungserbringer begrüßen grundsätzlich die Bemühungen der Politik, die Finanzlage der GKV zu stabilisieren. Der vorliegende Entwurf ist jedoch nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen.

Das Ziel der finanziellen Stabilisierung der GKV wird verfehlt

Die vorgeschlagenen Maßnahmen ermöglichen nur eine kurzfristige Deckung der Finanzierungslücke in der GKV. Insbesondere das Zwangsdarlehen des Bundes an die Kassen, der Zugriff auf die Rücklagen der Kassen und die Absenkung der Liquiditätsreserven im Gesundheitsfonds verschieben die Finanzprobleme der GKV nur in die Zukunft, ohne sie dauerhaft zu lösen. Gleichzeitig gelingt es nicht, die Beiträge zur GKV zu stabilisieren. Es wird stattdessen vielmehr eine Erhöhung der Zusatzbeiträge von 0,3 % für 2023 einkalkuliert. Weitere Beitragssteigerungen ab 2024 sind zu erwarten.

Das somit anhaltende Finanzdefizit der GKV erhöht den Kostendruck innerhalb des deutschen Gesundheitssystems. Die geplanten Kürzungen im Bereich des Pflegebudgets in den Krankenhäusern, die pauschale Begrenzung der GKV-Verwaltungskosten und die Streichung der zusätzlichen Vergütung von Leistungen bei der Erstbehandlung von Patientinnen und Patienten im ambulanten ärztlichen Bereich gehen in die gleiche Richtung.

Hoher Kostendruck gefährdet die Versorgungssicherheit

Dieser Kostendruck trifft auf eine Situation in der die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie und insbesondere die massiv steigenden Fracht-, Energie-, Benzin-, Logistik-, Lohn- und Materialkosten zu einer hohen Kostenlast für die Betriebe führen. Die Frachtkosten im Hilfsmittelbereich haben sich bspw. seit 2020 zum Teil fast verzehnfacht, die Kosten für wichtige Rohstoffe wie etwa Aluminium seit 2021 mehr als verdoppelt. Kostensteigerungen, die aufgrund der langfristigen Vertragsstrukturen zwischen Kassen und Hilfsmittelleistungserbringern bisher nicht aufgefangen werden konnten. Die Maßnahmen des GKV-FinStG konterkarieren somit die Bemühungen der Vertragspartner, für diese Situation eine gemeinsame Lösung herbeizuführen. Die aktuellen Entlastungspakete der Bundesregierungen greifen hier ebenfalls nicht, da keine Kostenweitergabe möglich ist.

Diese Entwicklung gefährdet aus Sicht von „Wir versorgen Deutschland“ die qualitätsgesicherte Versorgung der Versicherten mit medizinischen Hilfsmitteln. Es ist zu befürchten, dass der anhaltende Kostendruck vermehrt zu Dumpingpreisen und verdeckten Absenkungen von Versorgungsstandard in der Hilfsmittelversorgung führen wird.

Nachhaltige Entlastung schaffen

Bereits im April 2022 forderte „Wir versorgen Deutschland“ die Umsatzsteuersätze für medizinische Hilfsmittel und Arzneien auf sieben Prozent zu vereinheitlichen. Dies würde zu einer nachhaltigen Entlastung der GKV um schätzungsweise sechs Milliarden Euro jährlich führen. Zugleich würde der bürokratische Mehraufwand durch die bisher uneinheitliche Praxis der Besteuerung von Hilfsmitteln entfallen und zudem die Verbraucherinnen und Verbraucher – gerade im Bereich der unteren Einkommen - ebenfalls entlastet werden.

Darüber hinaus sollte der Bürokratieabbau im Bereich der Hilfsmittelversorgung durch die Einführung von Leitverträgen zwischen Kassen und Leistungserbringern vorangetrieben werden. In keinem anderen Versorgungsbereich sind die Verwaltungsaufwände für die Vertragsadministration und Prozessteuerung so hoch wie im Hilfsmittelbereich. Aktuell existieren hier über 1.000 verschiedene Verträge. Durch vertragsindividuelle Rahmenvereinbarungen entsteht ein immenser administrativer Aufwand, der keinen Einfluss auf die Versorgungsqualität hat. Durch die Verhandlung von Leitverträgen zwischen den maßgeblichen Spitzenverbänden der Leistungserbringer sowie den maßgeblichen sonstigen Zusammenschlüssen von Leistungserbringern und den Krankenkassen ließen sich die Bürokratiekosten für Kassen und Leistungserbringer deutlich reduzieren und zugleich die Transparenz im Hilfsmittelbereich erhöhen.

Um die Bürokratiekosten zu senken, muss zudem die Digitalisierung auch im Hilfsmittelbereich konsequent vorangetrieben werden. Mehr als 25% der Versicherten in der GKV sind auf eine hochwertige Hilfsmittelversorgung angewiesen. Um dies zum Teil sehr komplexen Versorgungsgängen adäquat, bürokratiearm und damit kosteneffizient umsetzen zu können, bedarf es einer umfassenden Einbeziehung der Hilfsmittel-Leistungserbringer in die gematik-Struktur und insbesondere einen gesetzlich verankerten Lese- und Schreibzugriff auf die elektronische Patientenakte.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Kirsten Abel

Generalsekretärin

Mobil: +49 (0)171 5 60 81 25

E-Mail: abel@wirversorgendeutschland.de

Patrick Grunau

Generalsekretär

Mobil: +49 (0)160 8 85 40 27

E-Mail: grunau@wirversorgendeutschland.de

Über „Wir versorgen Deutschland“ (WvD)

Das Bündnis **Wir versorgen Deutschland e.V.** setzt sich für eine qualitätsgesicherte, wohnortnahe und individuelle Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln ein. Die Mitglieder zählen zu den maßgeblichen Spitzenverbänden und Zusammenschlüssen von Leistungserbringern. Zu dem Bündnis gehören der Bundesinnungsverband für Orthopädie-Technik, die EGROH-Service GmbH, die Reha-Service-Ring GmbH, die rehaVital Gesundheitsservice GmbH und die Sanitätshaus Aktuell AG.